Left-Top Aligned

RSHA

D

Nr. 1-29

(62 str. k digi-)

Centered

Right-Bottom Aligned

D

Hagmann

Left-Top Aligned

Centered

Right-Bottom Aligned

Left-Top Aligned

DEUTSCHES INSTITUT FÜR ZEITGESCHICHTE · BERLIN · DIZ

Zuname: Heymann
Vorname: Egon

BIOGRAPHIEN · AUSLAND
Ja/Ja

Wiedervereinigung ist möglich

Ein "Ost-Locarno" der NATO zur Überwindung des sowjetischen Widerstandes

Von Egon Heymann

...

Irgandwann soll eine deutsche Ostgrenze in einem Friedensvertrag festgelegt werden, heißt es auch im Deutschlandvertrag und in einigen anderen Verträgen. Daß sie mit der Oder-Neiße-Grenze identisch sein wird, ist möglich, auch wenn man es nicht im Voraus zu sagen gehalten ist. ...

Quelle: Rheinischer Merkur
Ort: Köln
Datum: 1.11.63

siehe: A 322

(52) Bm 1207 57 DIZ 2.58 10 000 B 1621

01

Right-Bottom Aligned

Left-Top Aligned

Centered

3,4

Right-Bottom Aligned

Informations-
Bulletin

Bis Hagmann
A 3 3 2

Ja

Deutschland-und Westberlinfrage

- 1. Nov. 1963 L.

"Rheinischer Merkur" (1.11.): Vertrag nach dem Muster von Locarno könnte neue Wege zur Wiedervereinigung ebnen

("Wiedervereinigung ist möglich" - Egon Heymann) - Es wird immer bei der Wertreihung bleiben, die Eugen Gerstenmaier schon vor Jahren aufgestellt hat: Freiheit - Frieden - Wiedervereinigung. Aber deswegen dürfen die Bemühungen, einer Lösung der deutschen Frage und damit einer wirklichen Entspannung wenigstens näherzukommen, nicht aus voreiliger Resignation vernachlässigt oder gar eingestellt werden. Zu dieser notwendigen Beharrlichkeit gehört auch die unvoreingenommene Prüfung unkonventioneller Vorschläge, die sich an Regierung und Öffentlichkeit richten. In diesem Sinn stellen wir (ohne damit eine Festlegung zu treffen) die folgenden Überlegungen zur Diskussion. Mit einiger Mühe hatte es die Bundesregierung erreicht, daß ihre wichtigsten Verbündeten anläßlich der Unterzeichnung des Abkommens über die teilweise Einstellung von Kernwaffenversuchen den Bonner Anspruch bestätigten, allein für das ganze Deutschland zu sprechen. Seit die Sowjetunion in einem Vertrag vom 25. März 1954 dem Zonenregime die Anerkennung als "souveräner Staat" zusprach, stehen sich, wenngleich in getrennten Rechtssystemen, zwei Rechtsansprüche gegenüber, was auch dazu führte, daß die Sowjetregierung sich zwar die deutsche Erklärung über die Nichtanerkennung der Zone und ihrer Unterschrift unter das Moskauer Abkommen anhörte, die Annahme der schriftlichen Fixierung aber verweigerte. Die Wiedervereinigung Deutschlands, so wiederholt es Chruschtschow immer wieder, sei nur unter "roten Bannern" denkbar.

Was man die "normative Kraft des Faktischen" nennt, wirkt sich in der Frage der Wiedervereinigung gegen uns aus. Ob es uns gefällt oder nicht, die Zeiten sind vorbei, in denen die Zone von aller Welt - außer den kommunistischen Genossen - abgeschlossen war. Sie verfügt nicht nur in einigen "neutralistischen" Ländern über konsularische Vertretungen; ihre Handelsagenten und Journalisten sind auch in einer ganzen Reihe westlicher Staaten zugelassen, und französische, vor allem aber englische Politiker haben Ost-Berlin Besuche abgestattet. Die Sowjetpolitik geht vornehmlich von zwei Maximen aus:

1. Die SBZ ist das strategische Glacis des Ostblocks, ein Vorfeld, das sowohl zur Vorbereitung eines Angriffs wie zu einer Verteidigung breiteren Manövrierraum gewährt. Zwar ist der frühere russische Minderwertigkeitskomplex gegenüber den Deutschen ganz oder fast ganz verschwunden, nicht zuletzt durch die militärischen Erfolge im zweiten Weltkrieg, aber der Schock zweier siegreicher Invasionen der Deutschen ist in den breitesten Schichten des russischen Volkes lebendig. Sie wollen auf keinen Fall die Deutschen noch einmal in den Außenbezirken von Moskau, an der Wolga und im Kaukasus sehen. Schon gar nicht im Bunde mit den Amerikanern, vor deren materieller Überlegenheit auch die Sowjetführung einen gewaltigen Respekt hat.

2. Da die Sowjetunion kein Staat nach unseren Vorstellungen ist, sondern ein totalitäres Regime, in dem "die Partei dem Staate befiehlt", spielt das kommunistische System im Staat eine ganz andere Rolle als die Demokratie im Westen. Das kommunistische Regime ist eine Angelegenheit des Glaubens - richtiger: des Irrglaubens -, das die Ungläubigen als Ketzer verfolgt und das es sich wegen der ihm angeborenen Widersprüche und Mängel auch gar nicht leisten kann, daß jemand, wie das Kind im Märchen von des Kaisers Kleidern, seine Nacktheit mit Namen nennt. Bei einer Wiedervereinigung in Freiheit - die Wiedervereinigung unter roten Bannern können wir morgen haben - würde das kommunistische System in der Zone verschwinden, das sich ja dort nur auf eine Minderheit von wenigen Gläubigen und einigen Nutznießern stützt und zu seinem "Schutz" sowohl der sowjetischen Truppen wie der Mauer und der Stacheldrahtgrenze bedarf.

02

Left-Top Aligned

Centered

Right-Bottom Aligned

1.November 1963

Dabei geht es nicht allein um die 17 Millionen Deutschen in der Zone: ein solcher Prozeß müßte unausweichlich zu Reaktionen in Polen und Ungarn, wahrscheinlich auch in den anderen Satellitenstaaten führen.

Wir wissen, daß auch bei unseren Verbündeten die Wiedervereinigung von vielen nur vernunftgemäß bejaht, aber nicht von Herzen herbeigewünscht wird. Das ist aber kein eigentliches Hindernis, denn weder eine Labour-Regierung in England noch ein Nachfolger de Gaulles kann die Verpflichtung beiseite schieben, die zum Beispiel im Deutschlandvertrag vom 26. Mai 1952 eingegangen wurde, "zusammenzuwirken, um mit friedlichen Mitteln das gemeinsame Ziel zu verwirklichen: ein wiedervereinigtes Deutschland, das eine freiheitliche demokratische Verfassung ähnlich wie die Bundesrepublik besitzt". Entscheidend ist, daß eine Wiedervereinigung nicht ohne, schon gar nicht gegen, sondern nur mit der Sowjetunion erreicht werden kann. Dafür bieten sich zwei Wege an. Wir können versuchen, den Sowjets unseren Willen aufzuzwingen, und wir können versuchen, sie für unser Ziel zu gewinnen.

Manche Kritiker der westlichen Politik vergangener Jahre werden erklären, es sei bis jetzt noch kein Versuch gemacht worden, die Sowjetunion zur Erfüllung unseres Willens zu zwingen. Selbst in Korea, wo noch dazu eine klare militärische Aggression vorlag, kam nur eine Re-Aktion zustande, die sich schließlich mit der Wiederherstellung eines ganz und gar unbefriedigenden Status quo begnügte. Wie sollte aber eine schärfere, härtere Politik erzielt werden, wenn nicht einmal Ereignisse wie die Berlin-Blockade, der Prager Februar-Putsch und die ungarische Revolution dazu geführt haben?

Wenn man nicht von dem ausgeht, was sein sollte, sondern von dem, was ist und voraussichtlich sein wird, so bleibt also nur der zweite Weg der Überredung und des Kompromisses. Die Schwierigkeiten auf diesem Wege sollen dabei gewiß nicht unterschätzt werden. Wie weit wir selbst von einem Gespräch entfernt sind, hat ja der Vorfall im Moskauer Außenministerium am 21. August gezeigt. Wir müssen also erst zu "speaking terms" kommen, wie es sowohl der CDU-Abgeordnete Gradl als auch der SPD-Vorsitzende Ollenhauer ausgesprochen haben. Ein Mindestmaß von Erwärmung des Klimas, von "Entspannung" ist Voraussetzung, und da fängt das Dilemma bereits an; denn das, was Chruschtschow (und auch gewisse westliche Kreise) sich unter Entspannung vorstellen, erheischt die Preisgabe eines Teiles der Dinge, die wir freiwillig nicht preisgeben können, ohne das angesteuerte Ziel selbst zu gefährden....

Das Selbstbestimmungsrecht der Völker wird von der marxistisch-leninistischen Dialektik für die Deutschen nicht anerkannt, weil nach dieser Auffassung die Menschen der Bundesrepublik durch den "Kapitalismus" in Unfreiheit gehalten werden. Im übrigen gibt es keinen Gerichtshof, vor dem man das Selbstbestimmungsrecht einklagen könnte und der Gewalt besäße, einen Urteilsspruch durchzusetzen. Nicht einfach abzuweisen ist die Feststellung, daß echte Entspannung, die auch Chruschtschow zu wünschen behauptet und die sein Dilemma von Rüstung und Hebung des Lebensstandards sowie der Druck von China her ihm nahelegen könnten, keine Symptombehandlung zuläßt, sondern eine Beseitigung der Spannungsursachen erfordert. Um wenigstens eine ausländische Stimme zum gleichen Thema zu zitieren, sei auf den - durchaus kritischen - Aufsatz von Arnold Toynbee (The Observer, 18.8. 1963) verwiesen: "Westdeutschland wird der große Faktor bei den gegenwärtigen Überlegungen der Sowjetunion und Amerikas sein. Nicht nur, weil es eine sehr beachtliche Macht ist, sondern weil es eine Macht mit einem erstklassigen Anliegen für Unzufriedenheit mit den gegenwärtigen internationalen Verhältnissen ist.

03

Left-Top Aligned

Centered

Right-Bottom Aligned

Deutschland ist eines der gegenwärtig geteilten vier Länder. Es ist wahr, daß es, anders als China, Korea und Vietnam, sich selbst die Vorwürfe für dieses nationale Unglück zu machen hat. Die Teilung Deutschlands nach dem zweiten Weltkrieg ist die Nemesis dafür, daß das deutsche Volk sich in Hitlers Hand gab. Aber die Teilung einer Nation ist unnatürlich und, auf lange Sicht, ungerecht, und jedenfalls werden die Deutschen auf beiden Seiten des Eisernen Vorhanges und der Berliner Mauer nicht ruhen, bis sie wiedervereinigt sind."

Wie also könnte man die Invasionsangst der Sowjets beheben? Ein Disengagement und ähnliche Pläne scheiden aus, weil sie in der Bundesrepublik als aufgezwungen betrachtet werden würden. Aber könnte man nicht auf ein historisches Muster zurückgreifen, das seine Mängel hatte, aber auch seine Vorteile: auf den Vertrag von Locarno? Eine Garantie der Westgrenze des Ostblocks seitens der Vereinigten Staaten oder der NATO wäre eine Sicherheit, die um so wertvoller wäre, als Deutschland ja nach seiner Wiedervereinigung und nach der Festlegung seiner Ostgrenzen vernünftigerweise keine Ansprüche mehr zu stellen hätte.

Um diese Skizze nicht über Gebühr auszuweiten, sei hier nicht auf die Problematik dieser Ostgrenze eingegangen, auch nicht auf die Frage, ob mit einer solchen Locarno-Garantie die Chancen der widerwillig unter den Kommunismus gezwungenen Völker, sich zu befreien, geschmälert würden. Irgendwann soll eine deutsche Ostgrenze in einem Friedensvertrag festgelegt werden, heißt es auch im Deutschlandvertrag und in einigen anderen Verträgen. Daß sie mit der Oder-Neiße-Grenze identisch sein wird, ist möglich, auch wenn man es nicht im voraus zu sagen gehalten ist. Eine Grenzgarantie wäre natürlich nicht eine Garantie innenpolitischer Verhältnisse, wobei offenbleibe, ob sich heute nicht die Völker Zwischeneuropas von einer schrittweisen Aushöhlung des kommunistischen Regimes mehr versprechen als von einem Umsturz. Aber darüber haben sie selbst zu entscheiden.

Das oben wiedergegebene Zitat aus dem Deutschlandvertrag war nicht vollständig: das gemeinsame Ziel der Westmächte und der Bundesrepublik sollte ein "in die europäische Gemeinschaft integriertes" wiedervereinigtes Deutschland sein. Es ist nicht das geringste unter den Argumenten für ein integriertes Deutschland, daß es uns Deutsche vor dem Abgrund in uns selbst schützen würde. Sicher würde die Integration die Befürchtung beseitigen, die Deutschen könnten, erst einmal wiedervereinigt, eines Tages doch dem - in den meisten Fällen zu Unrecht behaupteten, von Hitler aber praktizierten - "Drang nach Osten" verfallen.
Der Widerstand gegen die ideologische Freigabe der Zone dürfte wahrscheinlich noch schwerer zu überwinden sein als die Angst vor dem deutschen "Militarismus". Immerhin gibt es drei Beispiele dafür, daß auch die Sowjetunion eines Rückzuges von einmal eingenommenen Positionen fähig ist: Österreich, Ungarn, Ostasien. Die Erfüllung der chinesischen Ansprüche in der Mandschurei und Sinkiang erfolgte im Zeichen des Bündnisses zwischen Moskau und Peking vom 14. Februar 1950. In Ungarn war Moskau 1956 bereit, den siegreichen Freiheitskämpfern nachzugeben. Erst auf Grund massiver chinesischer Intervention wurden die sowjetischen Panzer wieder auf Budapest in Bewegung gesetzt. Mit dem österreichischen Staatsvertrag wollte Moskau einen neutralen Staat in Mitteleuropa schaffen, aber auch eine weitere Entspannung einleiten. Damit wird deutlich, daß die Zustimmung Moskaus zu einer Wiedervereinigung in Freiheit zugleich ein sowjetischer Preis für eine echte Entspannung, diese Entspannung dann aber der Lohn für die Sowjetunion wäre.

04

Left-Top Aligned

Centered

Right-Bottom Aligned

Ob die Sowjetunion jedoch ernstlich an einer Entspannung interessiert ist, das ist eben die noch unbeantwortete Frage. Das Atomteststopp-Abkommen ist, wie im "Rheinischen Merkur" dargelegt wurde, kein Beweis: Was an freundlichen Worten über eine Entspannung aus Moskau zu vernehmen war, läßt viel eher den Schluß zu, daß Chruschtschow versucht, mit Hilfe der Entspannungssehnsucht im Westen seine Position in Mitteleuropa und besonders auch in Berlin zu "zementieren"; das aber ist das Gegenteil einer Entspannung.

Unsere Überlegungen haben keinen "Schnellweg" zur Wiedervereinigung gezeigt. Sie haben nicht einmal die Gewißheit oder auch nur Wahrscheinlichkeit zum Ergebnis, daß der tote Punkt in dieser Frage überwunden werden kann. Als bescheidener Trost sei deshalb an das Wort erinnert: In der Weltgeschichte wird das Unerwartete Ereignis. Nach jahrelangem Nein könnte Moskau eines Tages ein Ja sprechen. Die Lehre daraus für uns lautet: Wir müssen in unseren Überlegungen über die notwendigen Änderungen in der Zone, über die wirtschaftlichen Erfordernisse und vieles andere so vorbereitet sein, daß wir nicht überrascht werden, falls die Wiedervereinigung morgen erfolgt. Wir müssen uns aber auch darauf gefaßt machen, daß uns die nationale Geduld abgefordert wird wie einst den Polen, die von 1795 bis 1918 auf ihre Wiedervereinigung warten mußten.

Left-Top Aligned

Centered

11/12

Right-Bottom Aligned

F 686 + Badische Neueste Nachrichten,
Karlsruhe, 29.5.1957

(Aus dem Leitartikel "Adenauers Mission" von H e y m a n n) -
Man macht es sich wohl in Deutschland nicht immer und vor allem nicht überall richtig klar, welchen Wert für unsere ganze staatliche Existenz und für unsere Politik das Ansehen hat, das Konrad A d e n a u e r im Ausland und besonders im Lande unserer wichtigsten und stärksten Verbündeten, in den Vereinigten Staaten genießt. ...

Junctim oder wie der Kanzler in Hamburg sagte, pari passu: es kommt nicht entscheidend darauf an, daß bei diesen gleichen Schritten nun eins zu eins und zwei zu zwei gehören, wohl aber, daß auch bei 'Testabkommen' den Sowjets von Anfang an klar gemacht wird, daß eine Abrüstung, die wirklich eine Entlastung von dem finanziellen und wirtschaftlichen Druck der Rüstung mit sich brächte, eben nicht ohne Erfüllung der deutschen Forderung zu haben ist. Das noch einmal der Welt gegenüber klar zum Ausdruck zu bringen, das war der Hauptzweck dieser Amerikareise. Die Amerikaner haben sich bei den Besprechungen in der Tat über eine bloße "Konsultation" hinaus dafür eingesetzt, daß auch die von gewissen Stellen geflissentlich geschaffenen Zweifel an ihrer Politik widerlegt werden. ..."

DOK F 6.71 (73)

Left-Top Aligned

Centered

13,14

Right-Bottom Aligned

Köln,

E 1845 + Rheinischer Merkur, Nr. 35, 30.8.57

(Aus dem Artikel "Wachsames Ankara" von Egon H e y m a n n) -
"In Damaskus ist bestritten worden, daß Syrien sich durch die jüngsten staatsstreichähnlichen Umbesetzungen in den führenden politischen und militärischen Stellungen, durch Waffenkäufe großen Ausmaßes und durch das Engagement sowjetischer militärischer und technischer Berater in Abhängigkeit von der Sowjetunion begeben hätte. Selbst wenn man den Willen zur 'Unabhängigkeit' unterstellt, so ist es doch mehr als fraglich, ob Syrien sich in dieser societas leonina behaupten könnte. Syrien ist das klassische Land der Konspiration, der Geheimbünde und der Staatsstreiche. Aber wer erinnert sich heute noch der Staatsstreichorganisatoren Husni Zaim und seines Nachfolgers Oberst Hinaiu? Selbst Oberst Schischakli ist außerhalb des Landes fast vergessen, nachdem er durch Studentenunruhen und die wieder einmal rebellierenden Drusen gestürzt worden war.

Damit soll die sowjetische 'Etappenpolitik', die wie beim Halmaspiel über die feindlichen Figuren zu springen sucht, keineswegs unterschätzt werden. Aber es besteht auch kein Grund, der Welt und vor allem den Völkern des Nahen Ostens ein Schauspiel der Verwirrung und Aufgeregtheit zu bieten. An zwei syrischen Grenzen stehen zwei militärisch starke und verläßliche Nationen: die Türkei und Israel."

DOK E 1,61 (569.1)

07

Left-Top Aligned

Centered

15,16

Right-Bottom Aligned

Rheinischer Merkur, Köln 7.8.59

Heymann
Egon

Die "Festigkeit und Solidarität" des westlichen Bündnisses verhinderte ein "Ergebnis als Selbstzweck"

- -

(Aus dem Kommentar "Abbruch ohne Bruch" von Egon Heymann) -
"Diese Konferenz endet, wie es dem Stil ihrer zehnwöchigen Verhandlungen entspricht: nicht einmal die Beisetzung der kunstvoll balsamierten Mumie findet Interesse. Ein letztes Mal hatten die sowjetischen Sachverständigen am Dienstagabend Schwierigkeiten bei der Ausarbeitung des Abschlußkommuniqués gemacht, so daß die Minister bis nachts halb eins am Text herumbasteln mußten.

80

Left-Top Aligned

Centered

17,18

Right-Bottom Aligned

S INSTITUT FÜR ZEITGESCHICHTE DIZ
BERLIN

Ge./S.

B.10	Heymann	
		Egon

Katalog DIZ — Dezimal-Nummer

Die Kunst, Frieden zu schließen
von Egon H e y m a n n

... Die beiden Weltkriege wurden von Deutschlands Gegnern als " Kreuzzüge " geführt und , um den " totalen Einsatz " der Massen zu erreichen, scheute man sich nicht, durch Anwendung der inzwischen ins Gigantische gesteigerten Massenbeeinflussungsmittel Haßgefühle in Bewegung zu setzen. Vielleicht wäre man am Ende die Geister gern wieder los gewesen, doch niemand beherrschte die Zauberformel, um den Besen wieder in einen Besen zurückzuverwandeln.

Foster D u l l e s hat diesen Versuch jetzt unternommen. Mit einem Wort hat er die Kreuzzugsidee zweier amerikanischer Präsidenten vom " Krieg zur Beendigung des Krieges " als verhängnisvollen Wahn bezeichnet und von dem " überholten, bankrotten System von Versailles und anderen sogenannten Friedensverträgen " gesprochen. Das war sehr mutig und wir sind ihm dafür zu Dank verpflichtet. Aber auch damit ist noch nicht alles gesagt, was einmal gesagt werden muß. Auch D u l l e s hat M o l o t o w noch in dem Punkte des deutschen " Militarismus " nachgegeben und angedeutet, daß die Deutschen als " bekehrte Sünder " zu gelten haben. Vielleicht glaubte er, der Öffentlichkeit in den angelsächsischen Ländern und Frankreich nicht mehr zumuten zu können, als deren Sprecher der Londoner Economist kürzlich die Welt warnte, die Deutschen könnten " auf den gefährlichen und tragischen Pfad zurückkehren, den sie fast ein Jahrhundert lang beschritten haben. "..(A)

+ Hamburger Anzeiger, 8.2.54

s. 152.84

09

Left-Top Aligned

Centered

19,20

Right-Bottom Aligned

DEUTSCHES INSTITUT FÜR ZEITGESCHICHTE
BERLIN
DIZ
BIOGRAPHIEN DEUTSCHLAND
Ge./Hey.

Zuname Heymann
Vorname Egon

Angriff der NATO nicht denkbar

Gespräch mit dem Kommandeur der Bundeswehr-Führungsakademie

Von unserem Mitarbeiter Egon Heymann

Anläßlich des bevorstehenden Besuches von Staatspräsident de Gaulle in der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg hatte unser Mitarbeiter ein längeres Gespräch mit dem Kommandeur, Generalmajor Ulrich de Maizière.

... (A)

Quelle Der Tag
Ort Berlin
Datum 2.9.1962
siehe: D 913.31

10

Left-Top Aligned

Centered

21,22

Right-Bottom Aligned

"Wiedervereinigung muß auch
_Oder-Neiße-Gebiete umfassen"
+ Aachener Nachrichten, 21.7.53

F 3437
=======

(Aus dem Leitartikel "Mitteleuropa der Zukunft" von Egon H e y - m a n n) - "Von konkreter politischer Bedeutung war C h u r - c h i l l s Rede vom 11. Mai, in der er der Sowjetunion das 'Recht' zugestand, daß 'Polen eine freundliche Macht und ein Puffer' bleibe. Das war eine recht bedenkliche Formulierung, die nach einer Bestätigung des Jalta-Abkommens klang. Um so notwendiger ist es, daß sich nun auch die Bundesrepublik zum Worte meldet, weil ein Schweigen allzu leicht in dem Sinne mißverstanden werden könnte, daß wir mit Wiedervereinigung Deutschlands nur die Aufhebung der Schranken zwischen Bundesrepublik und Sowjetzone meinten. Daraus ergibt sich zwingend die Forderung auf eine Aktivierung der deutschen Ostpolitik - und diese Forderung richtet sich in gleicher Weise an Regierung, Parlament, Presse und Öffentlichkeit. Es genügt nicht, Jalta und Potsdam abzulehnen; man muß eine bessere Lösung zur Hand haben."

11

23,24

DEUTSCHES INSTITUT FÜR ZEITGESCHICHTE BERLIN DIZ

Go/Hei

Bio	Heymann	
	Egon	

Katalog DIZ — Dezimal-Nummer

Die Hamburger Entscheidung

Von Egon Heymann

Quelle: Schwäbische Landeszeitung
Ort: Augsburg Datum: 3.11.53
siehe: ~~152.3061~~
152.327

(87/10) 4770 X 2923 70 000 11. 52

12

Left-Top Aligned

Centered

Right-Bottom Aligned

DEUTSCHES INSTITUT FÜR ZEITGESCHICHTE DIZ

/Ch.

A54	Heymann	
	Egon	

Katalog DIZ — Dezimal-Nummer

Was Dulles heimbringt

Von Egon Heymann

Die Blitzreise des amerikanischen Außenministers durch zwölf Länder des Nahen Ostens und des indischen Subkontinents. ...(A.)

Quelle: Hamburger Anzeiger
Ort:
Datum:
siehe: 172 123 D 28.5.1953

(87/10) B 14247/53 6547 70 000

13

Left-Top Aligned

Centered

27,28

Right-Bottom Aligned

Hamburger Anzeiger
24. 3. 54.

Ist Deutschland eine Gefahr?

Von Egon Heymann

Aus der These der mehrfach wiederholten Kriegsschuld der Deutschen, die mit der „Ausrottung des deutschen Militarismus und Nazismus" bestraft werden müsse, und der Antithese einer Aufforderung an Deutschland, sich wieder zu bewaffnen, soll einmal die Synthese der wehrhaften Gemeinschaft der abendländischen Völker werden. Noch sind wir davon ziemlich weit entfernt. Je mehr die Gefahr eines sowjetischen Überfalls zurückzuweichen scheint, um so stärker werden nicht nur in Frankreich, sondern auch in England und sogar in gewissen amerikanischen Kreisen die Zweifel, ob man den Deutschen wirklich Waffen in die Hand geben dürfe. Der sozialistische „Daily Herald" hat diese Frage vor kurzem verneint, weil Deutschland „immer wieder seine Nachbarn überfallen habe", und auch in einem Brief in dem konservativen „Daily Telegraph" konnte man lesen, eine dauernde Besetzung Deutschlands sei notwendig, denn „ungezügelt werden diese Deutschen immer eine Bedrohung des Weltfriedens darstellen". Solche Auffassungen sind gar nicht einmal verwunderlich; seit vier Jahrzehnten sind sie in immer neuen Variationen von maßgebenden Persönlichkeiten wiederholt worden, ja, noch auf der Berliner Außenministerkonferenz war einer der wenigen Punkte der Übereinstimmung, daß Deutschland die beiden Weltkriege entfesselt habe. Damit wurde dann die Notwendigkeit begründet, Europa vor einer dritten Wiederholung zu sichern.

Jordanien nicht schuldig

Jerusalem, 24. März (ap)

Als „äußerst ernst" bezeichneten am frühen Dienstagmorgen israelische und jordanische Sprecher die neue Entwicklung im arabisch-israelischen Konflikt. Beide Seiten setzten sich mit dem Entschluß der israelischen Regierung auseinander, an der Arbeit der gemischten israelisch-jordanischen Waffenstillstandskommission nicht mehr teilzunehmen, nachdem sich die Kommission unter dem Vorsitz des amerikanischen Fregattenkapitäns Huchison geweigert hatte, Jordanien die Schuld für die Ermordung von elf israelischen Staatsangehörigen beim Überfall auf einen Autobus in der Wüste Negeb zuzuschieben.

Ein Widerspruch

Außenminister müssen keine Historiker sein. Aber darf man von ihnen nicht erwarten, daß sie wenigstens nicht an der geschichtlichen Forschung vorübergehen? Es wäre ein Leichtes gewesen, Herrn Molotow daran zu erinnern, daß die bolschewistischen Aktenveröffentlichungen nach dem ersten Weltkrieg darauf abzielten, die imperialistischen Machenschaften des zaristischen Rußland bloßzustellen. Im übrigen fängt die Vorgeschichte des e[illegible] krieges nicht, wie Molot[illegible] 1902 und den englisch-französischen Generalstabsbesprechungen 1906. Erst die Ermutigungen Poincarés ermöglichten es der russischen Kriegspartei, den furchtsamen und zögernden Zaren zum Mobilmachungsbefehl zu veranlassen. Diese und andere Einzelheiten, die eine Haupt- oder gar Alleinschuld Deutschlands ausschließen, sind heute Gemeingut der europäischen und der amerikanischen Forschung. Es ist richtig, daß die Außenminister in Berlin den Versailler Vertrag als ein Rachediktat bezeichnet haben und betonten, ein solcher Fehler dürfe nicht wiederholt werden. Wieviel wirksamer wäre ein solches Argument aber, wenn gleichzeitig zugegeben würde, daß die Grundlage für die damals an Deutschland geübte Vergeltung die Lüge der deutschen Kriegsschuld gewesen ist. Gerade daraus erklärt sich doch die Heftigkeit der deutschen Reaktion, denn das deutsche Volk fühlte sich verleumdet und ungerecht bestraft. Den vier Außenmministern scheint auch der Widerspruch nicht klar geworden zu sein, daß sie zwar Versailles ein Verhängnis nannten, das Diktat aber bei der Erwähnung der zweiten Weltkrieges als ursächlichen Faktor wieder verschwinden ließen. Nur Molotow hat in seiner Rede vom 1. Februar wörtlich erklärt, der Versailler Vertrag sei „eine der Hauptursachen des zweiten Weltkrieges" gewesen.

Ein Fortschritt

Wenn ein französischer oder englischer Außenminister vor 1939 über Versailles gesprochen hätte wie Bidault und Eden jetzt in Berlin, so wäre er wohl nicht lange in seinem Amte geblieben. Hier ist also ein Fortschritt zu verzeichnen. Wir unterschätzen auch die sehr großen Schwierigkeiten nicht, die einer weitergehenden Revision überkommener, aber irriger Fehlauffassungen der deutschen Geschichte und des deutschen „Militarismus" entgegenstehen. Wir verstehen auch die Befürchtungen gegenüber einem so „dynamischen" Volk, wie es das deutsche Volk nun einmal ist. Welchen Zielen sich diese Energien zuwenden, gerade das hängt aber von den Umweltbedingungen ab, die dem deutschen Volke gesetzt werden. Nur wer dies — und das heißt Versailles — vergißt, und wer übersieht, daß alle Völker sich, auch in der jüngeren Vergangenheit, des Vertragsbruches und der Aggression schuldig gemacht haben, kann von einer „deutschen Gefahr" als einer konstanten Größe sprechen. Wenn es heute — neben der stets gegenwärtigen Bedrohung durch den Weltkommunismus und die Sowjetmacht — eine „Gefahr" gibt, so resultiert sie aus der Oder-Neiße-Linie und der Teilung Restdeutschlands. Das hat Foster Dulles in Berlin ganz klar ausgesprochen, und wir sind ihm besonders dankbar, daß er dabei erklärte: „Wir hier sind in dieser Hinsicht von Verantwortung nicht frei" (30 1.). Der deutsche Anspruch auf Gleichberechtigung ist grundsätzlich anerkannt, aber Gleichberechtigung hat nicht nur eine rechtliche sondern auch eine [illegible] man diese [illegible] berücksichtigt

3 21 555 53 40 96 ⁰⁰

14

29,50

Left-Top Aligned

gemeinten Kriegsschuld der Deutschen, die mit der „Ausrottung des deutschen Militarismus und Nazismus" bestraft werden müsse, und der Antithese einer Aufforderung an Deutschland, sich wieder zu bewaffnen, soll einmal die Synthese der wehrhaften Gemeinschaft der abendländischen Völker werden. Noch sind wir davon ziemlich weit entfernt. Je mehr die Gefahr eines sowjetischen Überfalls zurückzuweichen scheint, um so stärker werden nicht nur in Frankreich, sondern auch in England und sogar in gewissen amerikanischen Kreisen die Zweifel, ob man den Deutschen wirklich Waffen in die Hand geben dürfe. Der sozialistische „Daily Herald" hat diese Frage vor kurzem verneint, weil Deutschland „immer wieder seine Nachbarn überfallen habe", und auch in einem Brief in dem konservativen „Daily Telegraph" konnte man lesen, eine dauernde Besetzung Deutschlands sei notwendig, denn „ungezügelt werden diese Deutschen immer eine Bedrohung des Weltfriedens darstellen". Solche Auffassungen sind gar nicht einmal verwunderlich; seit vier Jahrzehnten sind sie in immer neuen Variationen von maßgebenden Persönlichkeiten wiederholt worden, ja, noch auf der Berliner Außenministerkonferenz war einer der wenigen Punkte der Übereinstimmung, daß Deutschland die beiden Weltkriege entfesselt habe. Damit wurde dann die Notwendigkeit begründet, Europa vor einer dritten Wiederholung zu sichern.

Jordanien nicht schuldig

Jerusalem, 24. März (ap)

Als „äußerst ernst" bezeichneten am frühen Dienstagmorgen israelische und jordanische Sprecher die neue Entwicklung im arabisch-israelischen Konflikt. Beide Seiten setzten sich mit dem Entschluß der israelischen Regierung auseinander, an der Arbeit der gemischten israelisch-jordanischen Waffenstillstandskommission nicht mehr teilzunehmen, nachdem sich die Kommission unter dem Vorsitz des amerikanischen Fregattenkapitäns Huchison geweigert hatte, Jordanien die Schuld für die Ermordung von elf israelischen Staatsangehörigen beim Überfall auf einen Autobus in der Wüste Negeb zuzuschieben.

Ein Widerspruch

Außenminister müssen keine Historiker sein. Aber darf man von ihnen nicht erwarten, daß sie wenigstens nicht an der geschichtlichen Forschung vorübergehen? Es wäre ein Leichtes gewesen, Herrn Molotow daran zu erinnern, daß die bolschewistischen Aktenveröffentlichungen nach dem ersten Weltkrieg darauf abzielten, die imperialistischen Machenschaften des zaristischen Rußland bloßzustellen. Im übrigen fängt die Vorgeschichte des ersten Weltkrieges nicht, wie Molotow behauptete, mit der Bildung des rein defensiven Dreibundes an, dem England wohlwollend assoziiert war sondern mit dem Abschluß des offensiven Zweibundes Frankreich — Rußland Generalstabsbesprechungen 1906. Erst die Ermutigungen Poincarés ermöglichten es der russischen Kriegspartei, den furchtsamen und zögernden Zaren zum Mobilmachungsbefehl zu veranlassen. Diese und andere Einzelheiten, die eine Haupt- oder gar Alleinschuld Deutschlands ausschließen, sind heute Gemeingut der europäischen und der amerikanischen Forschung. Es ist richtig, daß die Außenminister in Berlin den Versailler Vertrag als ein Rachediktat bezeichnet haben und betonten, ein solcher Fehler dürfe nicht wiederholt werden. Wieviel wirksamer wäre ein solches Argument aber, wenn gleichzeitig zugegeben würde, daß die Grundlage für die damals an Deutschland geübte Vergeltung die Lüge der deutschen Kriegsschuld gewesen ist. Gerade daraus erklärt sich doch die Heftigkeit der deutschen Reaktion, denn das deutsche Volk fühlte sich verleumdet und ungerecht bestraft. Den vier Außenministern scheint auch der Widerspruch nicht klar geworden zu sein, daß sie zwar Versailles ein Verhängnis nannten, das Diktat aber bei der Erwähnung der zweiten Weltkrieges als ursächlichen Faktor wieder verschwinden ließen. Nur Molotow hat in seiner Rede vom 1. Februar wörtlich erklärt, der Versailler Vertrag sei „eine der Hauptursachen des zweiten Weltkrieges" gewesen.

Ein Fortschritt

Wenn ein französischer oder englischer Außenminister vor 1939 über Versailles gesprochen hätte wie Bidault und Eden jetzt in Berlin, so wäre er wohl nicht lange in seinem Amte geblieben. Hier ist also ein Fortschritt zu verzeichnen. Wir unterschätzen auch die sehr großen Schwierigkeiten nicht, die einer weitergehenden Revision überkommener, aber irriger Fehlauffassungen der deutschen Geschichte und des deutschen „Militarismus" entgegenstehen. Wir verstehen auch die Befürchtungen gegenüber einem so „dynamischen" Volk, wie es das deutsche Volk nun einmal ist. Welchen Zielen sich diese Energien zuwenden, gerade das hängt aber von den Umweltbedingungen ab, die dem deutschen Volke gesetzt werden. Nur wer dies — und das heißt Versailles — vergißt, und wer übersieht, daß alle Völker sich, auch in der jüngeren Vergangenheit, des Vertragsbruches und der Aggression schuldig gemacht haben, kann von einer „deutschen Gefahr" als einer konstanten Größe sprechen. Wenn es heute — neben der stets gegenwärtigen Bedrohung durch den Weltkommunismus und die Sowjetmacht — eine „Gefahr" gibt, so resultiert sie aus der Oder-Neiße-Linie und der Teilung Restdeutschlands. Das hat Foster Dulles in Berlin ganz klar ausgesprochen, und wir sind ihm besonders dankbar, daß er dabei erklärte: „Wir hier sind in dieser Hinsicht von Verantwortung nicht frei" (30. 1.). Der deutsche Anspruch auf Gleichberechtigung ist grundsätzlich anerkannt, aber Gleichberechtigung hat nicht nur eine rechtliche, sondern auch eine moralische Seite. Nur wenn man diese beiden Seiten berücksichtigt, wird man die „Synthese" finden, deren organisatorischen Form die Europäische Verteidigungsgemeinschaft und die europäische politische Gemeinschaft sein soll.

21 555 53 40 945 60

15

Right-Bottom Aligned

Left-Top Aligned

Centered

31,32

Right-Bottom Aligned

"Ende des Kolonialismus"

+ Kassel r Post, 28.12.56

(Artikel von Egon H e y m a n n über den Kolonialismus der Engländer und Franzosen, die heute nur noch Rückzugsgefechte führen. - DIE)

Left-Top Aligned

Centered

33,34

Right-Bottom Aligned

DEUTSCHES INSTITUT FÜR ZEITGESCHICHTE DIZ

BIOGRAPHIEN - DEUTSCHLAND

Geb/We

Zuname: H e y m a n n

Vorname: Egon

Berlin und der Friede Ostasiens

Von Egon H e y m a n n .

Quelle: Schwäbische Landesztg.Augsburg

Ort:

siehe: 147.874.3

Datum: 17.2.54

(87/10) 5473 DIZ-Biograph. Büro, 2000 XII.52

77

Left-Top Aligned

Centered

35,36

Right-Bottom Aligned

INSTITUT FÜR ZEITGESCHICHTE BERLIN DIZ

Katalog DIZ — Dezimal-Nummer

7. 11. 52 Weser Kurier, Bremen

Stalins Lehrbuch

Von EGON HEYMANN

Es kostet Geduld und Überwindung, die langatmigen theoretischen Bemerkungen Stalins zum Entwurf des neuen Lehrbuchs der Politischen Ökonomie zu lesen. Mehr als einmal fühlt man sich an das Wort des marxistischen Gelehrten Rjasanow erinnert, der die „wissenschaftlichen" Bemühungen des jungen Stalin mit dem Zuruf abzutun pflegte: „Halt' ein, überanstrenge dich nicht! Jeder weiß, daß die Theorie nicht dein Feld ist!"

Ein Aufsatz Stalins im „Bolschewik", der das Datum des 1. Februar 1952 trägt, aber erst zum Parteikongreß im Oktober veröffentlicht wurde, hat offenkundig in erster Linie innerpolitische Bedeutung. Je mehr die kommunistische Partei, die bei Ende des zweiten Weltkrieges zwei Millionen Mitglieder zählte und inzwischen weitere fünf Millionen aufgenommen hat, in die Breite wächst, um so schwieriger ist es, die Rechtgläubigkeit aufrechtzuerhalten. Stalin rügt die ungenügende marxistische Bildung der neuen Mitglieder, denen deshalb durch systematische Wiederholung „sogenannter allgemein bekannter Wahrheiten" die rechte Erziehung im Geiste des Marxismus-Leninismus zuteil werden müsse. Damit bereitet das geplante Lehrbuch der Politischen Ökonomie, das in einem Jahr fertiggestellt sein soll, die Säuberung der neuen Kader vor. Nur wer die Lehrsätze beherrscht, wird die Mitgliedskarte der Partei behalten.

Das neue Lehrbuch soll aber auch als „Handbuch der revolutionären Jugend im Auslande" dienen. „Unsere ausländischen Genossen wollen wissen, wie wir uns von der kapitalistischen Knechtschaft befreit haben, wie wir die Ökonomie des Landes im Geiste des Sozialismus umgestaltet, wie wir die Freundschaft mit der Bauernschaft erlangt, wie wir es erreicht haben, daß unser einst schwaches Land sich in ein reiches und mächtiges Land verwandelte." Dieses „schöne Geschenk für die jungen Kommunisten aller Länder" ist also auch dazu bestimmt, Anweisungen für die Machtergreifung in den nichtkommunistischen Ländern zu erteilen: die Lehre vom „Sozialismus in einem Lande" kehrt also wieder zu ihrem Ausgangspunkt, zur „permanenten Revolution" Trotzkis zurück.

Sehr interessant ist, was Stalin über die Rolle der Bauern zu sagen hat. Der Übergang in die „zweite Phase der kommunistischen Gesellschaft", in der die für die Herstellung der Produkte aufgewandte Menge der Arbeit nicht mehr „wie in der Warenproduktion" auf einem Umweg, sondern direkt durch die für die Herstellung der Produkte aufgewandte Zeit gemessen wird, kann erst erfolgen, wenn die letzten Reste privaten bäuerlichen Eigentums beseitigt sind. Daß dies das Ziel ist, daß statt der Trennung in einen staatlichen und einen kollektivwirtschaftlichen ein „allumfassender Produktionssektor mit dem Verfügungsrecht über alle Konsumgüter des Landes" geschaffen werden soll, darüber läßt Stalin nicht den mindesten Zweifel bestehen. Damit wird, wie Professor Raupach (Wilhelmshaven) festgestellt hat, nichts Geringeres angestrebt als die Aufhebung des bäuerlichen Typus überhaupt. Auflösungserscheinungen der Kolchose im letzten Krieg haben offenbar als Warnung gedient. Selbst die 1951 vollzogene Zusammenlegung zu Großkolchosen hat die Bauern noch nicht in die totale Abhängigkeit vom Staate gebracht.

Scharf lehnt Stalin die Auffassung jener „Pseudomarxisten" ab, die abwarten wollen, bis der Kapitalismus die Millionen kleiner Produzenten ruiniert und in Landarbeiter verwandelt habe. „Für eine bestimmte Zeit" sei die Warenproduktion, d. h. der Austausch durch Kauf und Verkauf zwischen Industrie und Landwirtschaft beizubehalten — aber diese Zeit ist begrenzt.

Wie man sieht, erschöpft sich die Bedeutung der Darlegungen Stalins keineswegs in der Schilderung der Unvermeidlichkeit von Kriegen zwischen den kapitalistischen Ländern. Ja, gerade dieser Teil, der in der internationalen Diskussion zu stark betont worden ist, scheint viel eher dazu bestimmt zu sein, die Anweisungen zur Weltrevolution in dem neuen „Lehrbuch der Politischen Ökonomie" zu verschleiern das nun „streng wissenschaftlich" beweisen wird, was Stalin zu beweisen befiehlt.

Left-Top Aligned

Centered

37,58

Right-Bottom Aligned

"Tür zugeschlagen"

+ Hamburger Anzeiger (FDP), 11.11.53

154 H

X 168.56

F 5435

(Aus dem Leitartikel "Die neue Konferenz" von Egon H e y m a n n)

"Der amerikanische Außenminister hat aus der Sowjetnote den Schluß gezogen, nun müßten die Regierungschefs der drei Westmächte zu einer Deutschlandkonferenz ohne die Sowjetunion zusammenkommen. Der Vorschlag von D u l l e s geht davon aus, daß die Verteidigung des Westens und damit die Sicherung des Friedens aufs engste mit dem Deutschlandproblem verknüpft ist und daß die Sowjetnote eine neue Lage geschaffen hat, indem sie unumwunden erklärt, 'die Ratifizierung der Verträge von Paris und Bonn und ihr Inkrafttreten würden die Wiederherstellung Deutschlands als geeinigter Staat unmöglich und die Prüfung der deutschen Frage auf einer Außenministerkonferenz der vier Mächte gegenstandslos machen.' Neu an dieser Lage ist freilich nur, daß jetzt die letzten Zweifel an den sowjetischen Absichten beseitigt sind. Die Forderung, entweder auf die EVG oder auf eine Viermächtekonferenz zu verzichten, ist nichts anderes als ein Erpressungsversuch. Indem die Sowjetunion nicht einmal den Versuch macht, den Locarno-Vorschlag C h u r c h i l l s näher zu erkunden, indem sie die zweimalige Einladung nach Lugano zurückweist, hat sie ihre Absichten enthüllt. Der Versuch, auf einer solchen Konferenz zu einer Lösung des Deutschlandproblems zu gelangen, ist zunächst einmal gescheitert. 'Wenn dieser Fall eintritt, wenn es klar ist, daß die Sowjets eine friedliche Lösung der deutschen Frage nicht wollen, dann wird sich niemand der Verpflichtung der Bundesrepublik entziehen, auch ihren Beitrag zur gemeinsamen Verteidigung zu leisten', hatte der Vorsitzende der SPD O l l e n h a u e r am 4.2. dieses Jahres gesagt. Dieser Fall I s t jetzt eingetreten."

19

Left-Top Aligned

Centered

39,40

Right-Bottom Aligned

Artikelhinweis:

E 914 David Ben Gurion und das Schicksal Israels

\+ Die politische Meinung, Köln 2 (1957) 11.

Eine ausführliche Darstellung des Verfassers über das Entstehen und die Entwicklung des neuen Staates Israel, wobei die Persönlichkeit des israelischen Ministerpräsidenten, David Ben G u r i o n, besonders gewürdigt wird.
Verf.: Egon H o y m a n n - DIZ)

DOK E 0.5
DOK E 7.2 (569.4)

Left-Top Aligned

Centered

41,42

Right-Bottom Aligned

INSTITUT FÜR ZEITGESCHICHTE DIZ
BERLIN

154
Heymann
Egon
Katalog DIZ – Dezimal-Nummer

L.

Westdeutsche Studenten fordern:

Wissenschaft von der Gesellschaft - nicht Lehrstühle für amerikanische Kriegspolitik

---

...Die Vorbereitungen wurden "sorgfältig" getroffen. Schon viele Semester vorher predigten amerikanische Gastprofessoren die Ideologie der Wallstreet. Unter ihnen tat sich Prof. Egon Heymann besonders hervor, ein "Spezialist" für die Sowjetunion, der in mehreren Kollegs die übelsten Verleumdungen verbreitete...

Nachdem so der Boden vorbereitet worden war, wurde im Wintersemester 1950/51 Prof. S. Landshut auf den neuerrichteten Lehrstuhl für Politik berufen. Der Weg, den dieser Professor seitdem beschritt, ist unlöslich mit den Kriegsvorbereitungen des amerikanischen Imperialismus auf deutschem Boden verbunden. Landshut begann, sich von Semester zu Semester steigernd, seine politische Mission zu erfüllen. Die Eignung dazu hatte er sich bereits erworben, als er im letzten Krieg "Umerziehungsoffizier" der englischen Armee in Aegypten war...

Selbstverständlich darf bei dieser Art von "Wissenschaft" auch die Propagierung der Europaunion nicht fehlen. Seit zwei Semestern hält Ernst Friedländer - bekannt als ehemaliger Leitartikler des reaktionären Hamburger Wochenblattes "Die Zeit", finanziert von Kreisen um den Bankier Pferdmenges - an der Universität Seminare über dieses Thema, allerdings ohne Interesse bei den Studenten erwecken zu können...

+ Tägliche Rundschau, Berlin 19.10.52

s.a. 594.8

Left-Top Aligned

Centered

Right-Bottom Aligned

DEUTSCHES INSTITUT FÜR ZEITGESCHICHTE BERLIN DIZ

154	Heymann	
	Egon	

Katalog DIZ — Dezimal-Nummer

Ba./St.

Schatten über den UN
Von Egon Heymann ... (A)

Quelle: Weser Kurier
Ort: Bremen
siehe: s. 149 116

Datum: 4.12.1952

(87/10) 4770 X 2923 70 000 11. 52

Left-Top Aligned

Centered

45/46

Right-Bottom Aligned

DEUTSCHES INSTITUT FÜR ZEITGESCHICHTE
BIOGRAPHIEN · DEUTSCHLAND

Ge./Mun.

Zuname: Heymann, Egon

Vorname:

"Auf die Plätze!"

Von Egon H e y m a n n

....Moskau und Peking werden in Genf gemeinsam die Forderung auf Anerkennung der chinesischen Volksrepublik, auf Entrechnung der natioanlchinesischen Regierung Tschiangkaischeks und auf Anerkennung der "Demokratischen Republik Vienam" unter Führung Ho Chi-minhs vorbringen.

Mindestens die amerikanische Position ist diesen Forderungen gegenüber eindeutig präzisiert: Dulles wird alle drei Forderungen ablehnen...(A)

Quelle: Hamburger Anzeiger,

Ort:

Datum: 26.4.1954

siehe: 147.874.3

Druck: Tribüne Treptow, B 11878/54 · 211 · 20 · 354

23

Left-Top Aligned

Centered

47,48

Right-Bottom Aligned

Left-Top Aligned

DES INSTITUT FÜR ZEITGESCHICHTE BERLIN DIZ

Sch./Mun.

Bio Heymann Egon
Katalog DIZ — Dezimal-Nummer

Deutschland ist keine Gefahr

von Egon H e y m a n n

...Je mehr die Gefahr eines sowjetischen Überfalls zurückzuweichen scheint, um so stärker werden nicht nur in Frankreich, sondern auch in England und sogar in gewissen amerikanischen Kreisen die Zweifel, ob man den Deutschen wirklich Waffen in die Hand geben dürfe. Der sozialistische "Daily Herald" hat diese Frage vor kurzen verneint, weil Deutschland "immer wieder seine Nachbar überfallen habe" und auch in einem Brief in dem konservativen "Daily Telegraph" konnte man lesen, eine dauernde Besetzung Deutschlands sei notwendig, denn "ungezügelt werden diese Deutschen immer eine Bedrohung des Weltfriedens darstellen". Solche Auffassungen sind nicht verwunderlich; seit vier Jahrzehnten sind sie in immer neuen Variationen von maßgebenden Persönlichkeiten wiederholt worden, ja, noch auf der Berliner Außenminister Konferenz war einer der wenigen Punkte der Übereinstimmung, daß Deutschland die beiden Weltkriege entfesselt habe...(A)

Schwäbische Landeszeitung,
Augsburg, 23.3.54.

S. 152.518.66

Right-Bottom Aligned

Left-Top Aligned

Centered

49,50

Right-Bottom Aligned

Dann war die eine Textseite mit 200 Wörtern formuliert: Vertagung ohne Festsetzung eines neuen Datums, da die Außenminister ohnehin Mitte September in New York anläßlich der Generalversammlung der Vereinten Nationen zusammenkommen, kein Wort über eine Gipfelkonferenz, aber auch keine Polemik. Man begnügt sich mit der schlichten Feststellung, daß eine Einigung weder über die Deutschlandfrage und europäische Sicherheit noch auch nur über eine Interimslösung für Berlin möglich war.

Diese elegische Unterbrechung ohne Bruch und Scherben war natürlich nur dadurch ermöglicht worden, daß die erloschene Kerze der Genfer Außenministerkonferenz durch den Hoffnungsstrahl aus dem Westen abgelöst wurde. Vom Palais des Nations weg richtete sich die Aufmerksamkeit der Welt auf das Weiße Haus und den Kreml, genauer gesagt auf die bevorstehenden Besuche Chrustschows in den Vereinigten Staaten und Präsident Eisenhowers in der Sowjetunion. Es wird den Sowjets nicht gelingen, die während der Konferenzpause zwischen Genf 1 und Genf 2 vorbereitete Einladung in eine 'Belohnung' für das Berlin-Ultimatum umzufälschen. Der Ärger darüber, daß die Moskowiter mindestens bis zur Reise Eisenhowers keine einseitigen Maßnahmen in Berlin ergreifen können - und über das Nachher wird man ja reden -, war ihrer Genfer Delegation deutlich anzumerken. Gemeinsam mit ihren Pankower Trabanten hatten sie sich bis wenige Stunden vor der amtlichen amerikanischen Erklärung bemüht, das amerikanisch-sowjetische Zwiegespräch in Abrede zu stellen und als 'westliches Wunschdenken' nicht zur Kenntnis zu nehmen. Mit einer geradezu penetranten Aufdringlichkeit gingen die östlichen Gerüchehändler zehn Tage lang mit 'sicheren Informationen' hausieren, Gromyko habe das famose Junktim zwischen Berlin-Lösung und gesamtdeutschem Ausschuß fallen lassen, die Verständigung über die westliche Truppenstärke in Berlin biete keine Schwierigkeit mehr, und über die Unterbindung der 'subversiven Tätigkeit' werde man schon eine UNO-Lösung finden. Bedauerlich ist, daß auch so seriöse Zeitungen wie die Londener 'Times' sich verwirren ließen. Dabei war die sowjetische Absicht doch deutlich genug zu erkennen: Dem Westen sollte die Beweislast dafür zugeschoben werden, daß er nicht am Ergebnis der Ergebnislosigkeit schuld sei, und bekanntlich sind solche negativen Beweise immer schwer zu führen.

Aber auch die bombastischen Reden von Gromyko und Bolz auf der Abschlußsitzung wurden durch die allgemeine Interessenlosigkeit einfach erstickt. Der eigentliche Tatbestand ist einfach und klar: Es galt zu verhindern, daß die Sowjetunion die internationale Gesetzlosigkeit durch einen neuen krassen Fall 'einseitiger' Maßnahmen - in Berlin - verschärfte. Daraus erhellt, daß es keinen 'Kompromiß' in grundsätzlichen Fragen geben kann. Auch dem Räuber, der gestohlen hat und seinen Raub konsolidieren will, kann man nicht 'auf halbem Wege' entgegenkommen, will man ihn nicht zu weiteren Raubzügen ermuntern. Jeder Versuch, eine einverständliche Rechtsbasis für die Westmächte in Berlin zu finden und eine Lösung des Deutschlandproblems einzuleiten

Left-Top Aligned

Centered

Right-Bottom Aligned

scheiterte an der sowjetischen Absicht, der 'DDR' internationale Anerkennung zu verschaffen und die Westmächte aus Berlin hinauszumanövrieren, um dann bei passender Gelegenheit die zweieinhalb Millionen Westberliner zu 'vereinnahmen' - wie Nasser den Suezkanal vereinnahmte, nachdem er die Engländer aus der Kanalzone hinausgedrängt hatte. Nichts anderes verbirgt sich hinter Gromykos Vorschlägen eines paritätischen 'gesamtdeutschen' Ausschusses, der Befristung der westlichen Rechte und der Reduzierung der westlichen Truppen auf 'symbolische' 4000 Mann. Was könnten denn 3000 bis 4000 Mann ausrichten, wenn von den bürgerkriegserfahrenen Kommunisten überraschend an vielen Stellen West-Berlins ein Aufstand inszeniert würde?

In der Erwartung, daß Chrustschow sich mit Eisenhower treffen wird, konnten die Sowjets und ihre Satelliten in Genf nicht laut aussprechen, was sie im Flüsterton äußerten: es handle sich um einen 'Trick' des Westens, die Hände der Sowjetunion in Berlin und gegenüber der Sowjetzone zu binden, da jede einseitige Maßnahme vor Chrustschows Amerika-Besuch und weiter vor dem Gegenbesuch Eisenhowers in der Sowjetunion eine unerhörte Provokation des Westens bedeuten würde. Das auch auf westlicher Seite einige Bedenken laut wurden, ist richtig. Nicht bei den Engländern, die ausdrücklich erklärten, sie begrüßten jede Möglichkeit, das Ost-West-Gespräch weiterzuführen. Auch nicht - und das ist wichtig - auf seiten der deutschen Delegation und ihres Chefs, des Bundesaußenministers von Brentano. Ihr Standpunkt läßt nach einiger Unterrichtung an zuständiger Stelle wie folgt resümieren: Der Westen erklärt auch in Genf seine Bereitschaft, die Gespräche fortzusetzen; Eisenhowers Einladung an Chrustschow unterstreicht diese Bereitschaft. Dann wird sich in Washington entscheiden, ob man eine neue Außenministerkonferenz - vielleicht im Winter - anberaumt, oder ob das Gespräch Chrustschow-Eisenhower so verläuft, daß man eine Gipfelkonferenz ins Auge faßt, über die in Genf keine Entscheidung gefällt werden kann. Zweckmäßigerweise sollte einer Begegnung Eisenhower-Chrustschow ein Treffen der westlichen Regierungschefs vorangehen, jedenfalls aber sollte es ihr folgen. Es ist nicht richtig zu sagen: 'Kein Ergebnis in Genf ist das beste Ergebnis.' Was vermieden werden mußte, war ein Ergebnis als Selbstzweck.

Daß es vermieden werden konnte, danken wir der Festigkeit und Solidarität unseres Bündnisses. Von berufenster deutscher Stelle wurde die gute Zusammenarbeit mit unseren westlichen Verbündeten ohne jede Einschränkung gerühmt und dankbar anerkannt. Bedauerlich ist nur, daß - vornehmlich durch unsere eigene Ungeschicklichkeit - eben doch gelegentlich der Eindruck entstand, es hätte besonderer deutscher Anstrengungen bedurft, um den Westen zusammenzuhalten und schwankenden Gestalten Korsettstangen einzuziehen. Die westlichen Minister , so wurde uns nachdrücklich versichert, 'sind sich völlig darüber im klaren, daß eine Preisgabe Berlins der erste Schritt zu einer Liquidation Europas wäre'. Jene Strömung der öffentlichen Meinung, die wieder ein 'appeasement' empfehle, erreiche sie nicht. Nur wer vergessen hat, daß scho viele internationale Konferenzen an der Haltung

Left-Top Aligned

Centered

53,54

Right-Bottom Aligned

der Sowjets scheiterten, wird über ihr Verhalten in Genf erstaunt sein. Zermürbungstaktik ist eines ihrer ältesten Mittel. Da sie aber in Genf feststellen mußten, daß eine Aufspaltung der westlichen Front nicht möglich war - es hat in Wirklichkeit nicht einen einzigen Alleingang gegeben -, wird nach Meinung der deutschen Delegation auch einmal die Zeit kommen, in der Moskau sich zu Konzessionen bereit findet - vorausgesetzt, daß der Westen einig, zäh und entschlossen bleibt. 'Gespräche sind auch für die Sowjetunion notwendig, und zwar nicht nur wegen der Verwirklichung ihres Siebenjahreplans, sondern auch aus psychologischen Gründen. Irgendwo bedürfen die Sowjets der Entspannung. Wenn sie aber spüren, daß sie eine solche Entspannung nicht auf Kosten des Westens erreichen können, dann wird der Augenblick kommen, in dem sie erkennen, daß auch sie dazu beitragen müssen'. ..."

+ Rheinischer Merkur, Köln, 7.8.59

- - - - - - - - -

V e r antwortlicher Redakteur:
Edeltraud R u t s c h

Left-Top Aligned

Centered

5556

Right-Bottom Aligned

Left-Top Aligned

INSTITUT FÜR ZEITGESCHICHTE BERLIN DIZ
BIOGRAPHIEN · DEUTSCHLAND

Zuname B ö t t c h e r
Vorname Hans

Ge/Le.

Lipschitz - Beschützer der Nazis

... Beim Sprossenklettern alter Nazis hat Lipschitz ... beste Hilfestellung geleistet. Darüber hinaus pflegt er persönlichen Umgang mit ehemaligen Faschisten. ...

Sein Freund Paul P f u n d arbeitete seinerzeit im Auftrag des Goebbels-Ministeriums.

Sein Freund Hans B ö t t c h e r organisierte 30 Lager für ausländische Zwangsarbeiter.

Sein Freund Ernst W a s c h k o w s k i , seit 1930 Mitglied der NSDAP, denunzierte Hitlergegner in den Siemens-Werken.

Daß diesen Verbindungen des Herrn L i p s c h i t z keinesfalls nur platonische Bierabende zu Grunde liegen, beweisen die Vorgänge um den Polizei-Amtmann Schulz-Lücke, der am 1. Mai 1932 den berüchtigten SA-Sturm "Horst Wessel" um zwei schwerhändige Fäuste nebst Schlagringen bereicherte. Mit der Unterstützung seines Freundes Lipschitz hat es der Arbeiterschinder heute wieder bis zu einem Posten im Hauptpersonalrat der Westberliner Verwaltung gebracht. ...

Als kürzlich im Tiergarten vergrabene Naziakten gefunden wurden, war Lipschitz sofort zur Stelle, um diese Dokumente vor unbefugten Augen zu retten. Er übergab die Akten den amerikanischen Besatzungsbehörden, die bekanntlich in ihrem Zehlendorfer Document Center auch die Lebensläufe der Oberländer, Globke und anderer brauner Bonner und Westberliner Prominenz als Tauschwert für heutige Dienste zinsträchtig horten und pflegen. ... (A)

+ Freie Presse, Berlin, 15.10.60
S. 152.51

Right-Bottom Aligned

Left-Top Aligned

Centered

57,58

Right-Bottom Aligned

29

DEUTSC

Auftraggeber Miroslav Majdloch
Botschafter der CSSR
Schönhauser Allee 707

verantwortlicher Mitarbeiter der auftraggebenden Dienststelle

Schriftlicher Auftrag vom: . . . . . .

. . . . . Negative (Kleinbild) à -,20 DM = ...

. . . . . Repro Größe: . . . . . .

. . . . . " " . . . . . .

. . . . . Fotokopien DIN A 3 à1,40 DM = ...

. . . . . " " DIN A 4 à -,75 DM = ...

. . . . . " " DIN A 5 à -,50 DM = ...

. . . . . " " DIN A 6 à -,40 DM = ...

. . . . . Kontaktkopien Größe . . . . . .

. . . . . .

Left-Top Aligned

Centered

59,60

Right-Bottom Aligned

Left-Top Aligned
Centered
Right-Bottom Aligned

67

Left-Top Aligned

Centered

62

Right-Bottom Aligned